

POLITIKUM

Sonderheft

ANALYSEN | KONTROVERSEN | BILDUNG



D V

P W

DVPW-Thementagung

WEM NUTZT DIE POLITIKWISSENSCHAFT?

Antworten aus den
Teilgebieten

Politische Theorie

Demokratieforschung

Parteienforschung

Politische Soziologie

Politische Ökonomie

Internationale Beziehungen

Politische Bildung

Deutschland: € 12,80, Österreich: € 13,90, Schweiz: sFr 16,90



WOCHEN
SCHAU
VERLAG

POLITIKUM

WEM NUTZT DIE POLITIKWISSENSCHAFT?



Von Anfang an begleiteten die deutsche Politikwissenschaft Prozesse der Selbstverortung und der Selbstvergewisserung. Dabei wurde auch immer wieder die Frage gestellt, welche Bedeutung sie für die Gesellschaft hat. In den letzten Jahren ist diese Frage zunehmend kontrovers diskutiert worden. Während einige Wissenschaftler*innen nach wie vor die Relevanz und die gesellschaftliche Wirksamkeit ihrer Disziplin betonen und ihr auf Grund ihrer modernen inhaltlichen und methodischen Ausdifferenzierung, ihrer Forschungsleistungen sowie ihrer konsolidierten Internationalisierung ein wettbewerbsfähiges Leistungspotenzial bescheinigen (Bleek, Gawrich), diagnostizieren andere ihre „Randständigkeit“ (Greven) und sprechen von der „Irrelevanz der Politikwissenschaft“ (Decker) oder befürchten auf Grund einer thematischen Zersplitterung den Verlust ihrer Identität.

Vor diesem Hintergrund hat die Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) 2018 die Möglichkeit zur Ausrichtung von Thementagungen eingerichtet. Die erste Tagung fand im Dezember 2019 unter dem Titel „Wie relevant ist die Politikwissenschaft? Wissenstransfer und gesellschaftliche Wirkung von Forschung und Lehre“ statt und wurde von fünf Untergliederungen der Fachvereinigung ausgerichtet. Aus dieser Tagung ergab sich die Idee für das Sonderheft der Zeitschrift **POLITIKUM**, in dem auch eine Reihe der Tagungsteilnehmer*innen mit einem Beitrag vertreten sind.

Ziel dieses Heftes ist es nicht nur, einen Einblick in die Kontroverse um den gesellschaftlichen Nutzen der Politikwissenschaft zu geben, sondern auch, einen Überblick über die zentralen Themen, Fragestellungen und Ergebnisse der einzelnen Teilgebiete und ihrer Leistungen für die Gesellschaft zu liefern. Nach einer historischen Einführung zur Debatte im Fach erläutern einzelne Teildisziplinen ihre politische Relevanz für die politische Praxis: Politische Theorie, Demokratieforschung, Forschungen zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Parteienforschung, Politische Soziologie, Politische Ökonomie, Internationale Beziehungen und Politische Bildung. Ergänzt werden diese Beiträge durch Interviews zum Selbstverständnis der Politikwissenschaft sowie zur Rolle der Politikwissenschaft in der Politikberatung. Im Ergebnis wird deutlich, dass weitgehend Einigkeit darüber besteht, dass die Politikwissenschaft für die Gesellschaft von zunehmender Bedeutung ist. Die Frage jedoch, wie diese Bedeutung der Öffentlichkeit nachhaltig vermittelt werden kann, bleibt kontrovers.

Für **POLITIKUM**

Peter Massing

Für die veranstaltenden DVPW-Untergliederungen der Thementagung*

Julia Reuschenbach

***Wie relevant ist die Politikwissenschaft?** Wissenstransfer und gesellschaftliche Wirkung von Forschung und Lehre. Veranstalter*innen: Wolfgang Bergem (PH Karlsruhe/Univ. Siegen), AK Politik und Kultur; Isabelle Borucki (Univ. Duisburg-Essen), AK Politik und Kommunikation; Daniel Lambach (Univ. Frankfurt a. M.), AK Hochschullehre; Julia Reuschenbach (Stiftung Berliner Mauer/Univ. Bonn), AK Politik und Geschichte; Helmar Schöne (PH Schwäbisch Gmünd), Sektion Regierungssystem und Regieren, in Kooperation mit dem Forschungsverbund „Die Herausbildung normativer Ordnungen“ und dem Institut für Politikwissenschaft der Goethe-Universität Frankfurt a. M.



Seite 4

Geschichte der Politikwissenschaft

Ist die Politikwissenschaft noch gesellschaftlich relevant? Inwieweit könnte eine Besinnung auf ihre Ursprünge als Demokratiewissenschaft und ihre Bildungsfunktion die Bedeutung der Disziplin in der Öffentlichkeit stärken? Ein historischer Blick bietet Antworten.



Seite 30

Relevanz und Maßstäbe

Wie kann Politikwissenschaft zum Verständnis gegenwärtiger Transformationsprozesse beitragen? Gestaltungswissen erbringen Politikwissenschaftliche Professionals Schools und Governance-Einrichtungen durch wissenschaftlich reflektierten Praxisbezug.



Seite 10

Politische Theorie

Politische Theorie bietet Erklärungs- und Deutungsmuster für die politische Realität an. Sie ist Grundlage von Kritik und Urteilsbildung sowie die Basis für die Formulierung von politischen Alternativen. Aber erkennt das auch jeder?



Seite 40

Parteien

Die Parteienforschung ist Teil der System- und Regierungslehre und gilt als interdisziplinäre Schnittstelle zu den anderen Sozialwissenschaften. Welchen Nutzen hat die Parteienforschung für die Parteien selbst?



Seite 22

Demokratieforschung

Demokratieforschung gibt Hinweise über den Zustand der Demokratie und dient dem Wissenstransfer auf unterschiedlichen Ebenen. Welche Beiträge leistet sie zur Stabilität und Qualität von Demokratien?



Seite 46

Politische Soziologie

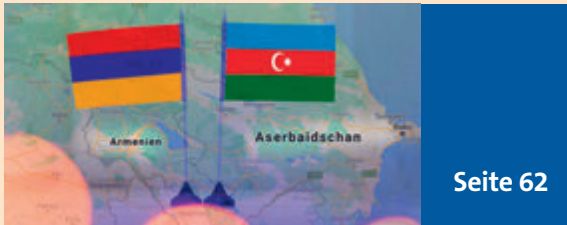
Wie war es möglich, dass Donald Trump zum Präsidenten gewählt wurde? Wer wählt überhaupt, wen und warum? Die Politische Soziologie trägt zum Verständnis des Politischen bei und gibt Antworten auf wichtige gesellschaftliche Fragen.



Seite 52

Politische Ökonomie

Politische Ökonomie liefert Erkenntnisse zum Verhältnis von Staat, Markt und Gesellschaft. Sie arbeitet die jeweiligen Bedingungsverhältnisse und ihre Verflechtungen heraus und untersucht die damit verbundenen Machtverhältnisse.



Seite 62

Internationale Beziehungen

IB analysiert alle Formen des politischen Handelns verschiedener Akteure, die nationalstaatliche Grenzen überschreiten. Wie kann es ihr auf diesem schwierigen Gebiet gelingen, zur qualifizierten politischen Urteilsbildung beizutragen?



Seite 68

Politische Bildung und Politikwissenschaft

Politische Bildung ist mehr als Demokratiebildung. Gerade für den Bereich der Demokratiebildung ist es aber wichtig, den Bezug zur Politikwissenschaft nicht zu vernachlässigen, um ein naives und romanisierendes Demokratieverständnis zu vermeiden.

Wem nutzt die Politikwissenschaft?

Peter Massing

Ursprünge und Selbstbeschreibungen der Politikwissenschaft 4

Dannica Fleuß

Warum Politische Theorie nicht praxisfern sein muss 10

Interview mit Frank Decker

zur „Versozialwissenschaftlichung“ der Politikwissenschaft 18

Ursula Birsl

Neue Wege der Demokratieforschung 22

Karl-Rudolf Korte

Kopf oder Zahl? Über Relevanz und Maßstäbe der Politikwissenschaft 30

Interview mit Nicole Deitelhoff

Mut zur Polarisierung 36

Isabelle Borucki

Ein Plädoyer für mehr Dialog zwischen dem Fach und seinem Gegenstand: Parteienforschung 40

Martin Elff

Wann wird Unzufriedenheit zu einer Gefahr für die Demokratie? Zur gesellschaftlichen Relevanz der Politischen Soziologie 46

Joscha Wullweber und Joachim Zweynert

Geld, Staatsschulden und Wirtschaftskrisen. Der Mehrwert der Politischen Ökonomie 52

Interview mit Dominik Meier

über die Perspektive der Politikberatung 58

Johannes Varwick

Politik unter den Bedingungen der Anarchie – Internationale Beziehungen 62

Sabine Achour

Das Revival der politischen Bildung – ein Höhenflug nur mit der Politikwissenschaft?! 68

Rezension

Überblick über die Diskussionsbeiträge einiger Fachvertreter*innen 76

Impressum 80



© picture alliance/VisualEye/United Archives

URSPRÜNGE UND SELBSTBESCHREIBUNGEN DER POLITIKWISSENSCHAFT

von PETER MASSING

Zu Beginn sah die Politikwissenschaft ihre gesellschaftliche Relevanz in erster Linie in ihrer politischen Bildungsfunktion. Seit ihrer Professionalisierung, Binnendifferenzierung und Spezialisierung wuchs die Distanz zur politischen Bildung. Sollte sie sich wieder stärker auf ihre ursprüngliche Funktion besinnen?

Obgleich die inhaltlichen Traditionsstränge der Politikwissenschaft sehr viel älter sind (Bleek/Garwich 2020), ist sie in ihrer heutigen Prägung vor allem mit der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland verbunden und im Zusammenhang mit den Re-education-Bemühungen der westlichen Alliierten zu sehen. Von Anfang an begleiteten die deutsche Politikwissenschaft dabei Prozesse der Selbstverortung und Selbstvergewisserung. In ihrer Gründungsphase gehörte dazu der pädagogische Impuls, der auch entscheidend zur Etablierung als Wissenschaft beitrug.

Am Anfang der Neugründung der Politikwissenschaft als eigenständiges universitäres Lehr- und Forschungsgebiet sowie der Errichtung der ersten politikwissenschaftlichen Lehrstühle an den westdeutschen

.....

*Die Rektorenkonferenz lehnte
1949 eine eigenständige
Politikwissenschaft als
Universitätsfach ab*

.....

Universitäten nach der Neuordnung der Länder standen drei Konferenzen: die Konferenz in Waldleiningen im September 1949, die Konferenz in Berlin im März 1950 und die in Königstein im Juli 1950.

Die Konferenz in Waldleiningen, die auf Initiative der amerikanischen Militärbehörde stattfand, gilt als Gründungskonferenz. An ihr nahmen neben Vertretern der alliierten Militärbehörden vor allem Repräsentanten deutscher Kultusverwaltungen und Universitäten sowie der Vorsitzende der American Political Science Association (APSA), Quincey Wright, teil. Der pädagogische Impuls, der die Teilnehmer antrieb, wird schon in der Eröffnungsrede des hessischen Kultusministers Stein deutlich, der die Erweiterung des Universitätsstudiums auf dem Gebiet der sozialen

und politischen Wissenschaften mit der Bedeutung der politischen Erziehung begründete (vgl. Massing 2018 und die dort angegebene Literatur). Schon in Waldleiningen wurde jedoch auch deutlich, dass eine wichtige Minderheit der Politikwissenschaft skeptisch gegenüberstand, und die Westdeutsche Rektorenkonferenz lehnte im Oktober 1949 eine eigenständige Politikwissenschaft als Universitätsfach ab. Diese Entscheidung führte dazu, dass die Anhänger der Politikwissenschaft sich erneut trafen, um die Existenzberechtigung einer eigenständigen Disziplin Politikwissenschaft gegenüber Bedenken und Vorurteilen zu verteidigen. Dieses zweite Treffen im März 1950 mit dem Thema „Die Wissenschaft im Rahmen der politischen Bildung“ wurde von der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin organisiert. Die Teilnehmer hielten fest: „Es gibt eine eigene Wissenschaft von der Politik. Sie soll in Forschung und Lehre entsprechend der besonderen deutschen Situation entwickelt werden“ und ist ein unabdingbare Voraussetzung für die Notwendigkeit der „politischen Selbsterziehung des deutschen Volkes“ (Mohr 1988, 110 ff.).

Der entscheidende Durchbruch der deutschen Politikwissenschaft als Universitätsfach gelang jedoch erst auf der dritten Konferenz in Königstein im Juli des gleichen Jahres. Sie spiegelte den mittlerweile in engagierten Kreisen erreichten Konsens über die Existenzberechtigung der Disziplin wider. Dennoch gab es weiterhin Widerstände gegen die Wissenschaft von der Politik und es bedurfte eines erneuten pädagogischen Impulses, um die Disziplin zu stärken. Dieser kam von der Kultusministerkonferenz, die in ihrem Beschluss vom 15. Juni 1950 in ihren Grundsätzen zur politischen Bildung schrieb, dass die Errichtung planmäßiger Lehrstühle für Politik an den deutschen Hochschulen dringend erwünscht sei (Kuhn et al. 1993, 151). Zur wissenschaftlichen Akzeptanz der Disziplin trug auch der Aufbau eines Fachverbandes bei: 1951 wurde die „Deutsche Vereinigung für die

Wissenschaft von der Politik“ gegründet (ab 1959 „Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft“, DVPW, und seit 2016 „Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft“). Auf der Gründungsversammlung am 19.02.1951, ebenfalls in Königstein, wurde als Ziel der Vereinigung bestimmt, „Forschung und Lehre der Wissenschaft von der Politik zu fördern“. Aus den Grußworten und Vorträgen der ersten Vorsitzenden der Vereinigung wurde jedoch deutlich, dass ihnen Politikwissenschaft als solide demokratische, normativ begründete und argumentierende „Wissenschaft“ mit unverhohlenem volkspädagogischen Impetus vor-schwebte (Falter 2003, 223). Das inhaltliche Profil der

.....

*Das inhaltliche Profil ergab
sich aus dem Verständnis als
Demokratiewissenschaft*

.....

bundesdeutschen Politikwissenschaft ergab sich aus ihrem Verständnis als Demokratiewissenschaft, was ihre Nähe zur politischen Bildung deutlich machte. Ihr Leitmotiv sah die Politikwissenschaft in der Vermittlung demokratischen Grundwissens, in der Werbung für die liberale repräsentative Demokratie, in der Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Vergangenheit, insbesondere der Erklärung des Scheiterns der Weimarer Demokratie, der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ sowie in der Auseinandersetzung mit dem kommunistischen System der DDR. Ihr Ziel war dabei, über die Vermittlung demokratischen Wissens einen Beitrag zur Erziehung zur Demokratie zu leisten (Mohr 1988).

Die Situation der Politikwissenschaft an den Universitäten blieb schwierig. Es bedurfte erst wieder eines erneuten bildungspolitischen und pädagogische Anstoßes, um ihre Stellung zu stärken. Als Reaktion auf eine Reihe von antisemitischen Hakenkreuzschmierereien und Schändungen jüdischer Friedhöfe 1959/60, die zum Teil auf ein Versagen politischer Bildung zurückgeführt wurden, entstanden „die Saarbrücker Rahmenvereinbarung der Kultusministerkonferenz von 1960“ und „die Rahmenrichtlinien für die Gemeinschaftskunde in den Klassen 12 und 13 der Gymnasien“. Sie beinhalteten eine deutliche Aufwertung der politischen Bildung durch das Fach Sozialkunde. Für die jetzt benötigten wissenschaftlich ausgebildeten Fachlehrer in Sozialkunde bzw.

Gemeinschaftskunde fühlte sich in erster Linie die Politikwissenschaft beauftragt.

Auch wenn die Politikwissenschaft sich sehr stark über ihren Bildungsauftrag definierte, war ihr klar, dass sie darüber hinaus Forschungsdisziplin sein musste, um sich in Konkurrenz mit den anderen Wissenschaften an der Universität durchzusetzen. Dies machte die von dem Soziologen Mario Rainer Lepsius im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1961 verfasste „Denkschrift zur Lage der Soziologie und der Politischen Wissenschaft“ nachdrücklich deutlich. Ziel der Denkschrift war es vor allem, die Politikwissenschaft als eine theoretische und empirische Forschungsdisziplin weiterzuentwickeln. Politische Bildung, insbesondere Erziehung zur Demokratie, sei zwar eine wichtige Aufgabe der Politikwissenschaft, aber die Politikwissenschaft könne nicht länger darauf beschränkt bleiben, sonst bestehe die Gefahr, dass sie einer Verflachung und Verengung anheimfalle, die ihre Entwicklung als Wissenschaft behindere. Man müsse weiterhin deutlich differenzieren zwischen politischer Bildung und der Politikwissenschaft. Politische Bildung sei eine pädagogische Aufgabe, Politikwissenschaft sei eine theoretische Disziplin (Lepsius 1961, 88ff.).

Die bis dahin immer noch stark normative Orientierung der Politikwissenschaft wurde zunehmend als Hindernis auf dem Wege zu einer Forschungsdisziplin wahrgenommen. Schon in den fünfziger Jahren hatte Otto Stammer in Berlin eine lebhaft Debatten über die geringe Bedeutung der empirischen politikwissenschaftlichen Forschung ausgelöst. Erst der wachsende Bedarf an staatlicher Planung und die Orientierung an den Ergebnissen und Methoden der angelsächsischen Politikwissenschaft aber führte zu einer breiteren empirischen und fachlichen Aufstellung der Disziplin sowie zu einer Expansion des Faches an den bundesdeutschen Universitäten. Im Kontext der Studentenbewegung rückten Anfang der 1970er Jahre wissenschaftstheoretische Auseinandersetzungen in den Vordergrund und führten zu einer weiteren Ausdifferenzierung bis hin zu einer Krise der Politikwissenschaft. Der Streit um die drei Theorie-typen (normativ-ontologisch, empirisch-analytisch und historisch-kritisch) mündete in einen politischen Lagerkampf zwischen als restaurativ und systemaf-firmativ oder als fortschrittlich wahrgenommenen Kräften (Bleek/Gawrich 2020, 4).

Erst Mitte der 1970er Jahre geriet die Politikwissen-schaft in ruhigere Fahrwasser und gelangte zu einem



Schändung der Kölner Synagoge in der Nacht vom 24. auf den 25. Dezember 1959

geregelten Pluralismus unterschiedlicher Theorie- und Forschungsansätze. Durch die abnehmende Bedeutung der Lehramtsausbildung auf Grund zunehmender Lehrerarbeitslosigkeit und des nach wie vor geltenden Juristenmonopols in der Ausbildung für den höheren Verwaltungsdienst sowie verstärkten Versuchen, die Politikwissenschaft als Forschungs- und Lehrdisziplin zu etablieren, kam es zu eigenständigen Diplom- und politikwissenschaftlichen Magisterstudiengängen, die zu einem „berufsqualifizierenden Abschluss“ führen sollten. Die Orientierung an nicht klar definierten Berufsfeldern und die Versuche, in der Politikberatung Fuß zu fassen, führten zu einer weiteren Ausdifferenzierung des Faches und einer weiteren Spezialisierung, ja Segmentierung. Auch die Hinwendung zu einzelnen Politikfeldern im Kontext des Aufschwungs der „policy-Forschung“ verstärkte diesen Prozess. Die Politikwissenschaft der 1980er Jahre versuchte, auch beeinflusst durch den amerikanischen Behaviorismus, sich methodisch als moderne Sozialwissenschaft zu profilieren (vgl. Bleek/Gawrich 2020, 5).

Nach 1990 wurde die bundesdeutsche Politikwissenschaft im Zuge des Prozesses der deutschen Vereinigung auch an den ostdeutschen Universitäten etabliert. Dies führte zunächst zwar zu einer institutionellen Stärkung, sieht man aber einmal von

der zunehmenden Bedeutung der Transformationsforschung ab, nicht zu einer inhaltlichen Neuorientierung der deutschen Politikwissenschaft. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts hatte sich die Politikwissenschaft zu einer „normalen“ Wissenschaft entwickelt. Die inhaltliche Expansion durch Einbezug der „governance“-Orientierung in verschiedenen Teildisziplinen, der Genderforschung und Postcolonial Studies, von Studien zur Fragilität von Staatlichkeit u. a. ging jedoch weiter. Hinzu kam die Binnendifferenzierung, die Professionalisierung und eine zunehmend dominierende Forschungsorientierung, nicht zuletzt durch eine starke Drittmittelfinanzierung.

Die zeitgenössische szientistische Entwicklung der Politikwissenschaft ist in der Disziplin selbst nicht ohne Kritik geblieben und hat neue Prozesse der Selbstvergewisserung und -verortung angeregt (vgl. die Inter-

„Die deutsche Politikwissenschaft ist national und international recht gut aufgestellt.“

Ferdinand Müller-Rommel,
Politikwissenschaftler, Leuphana Univ. Lüneburg



Nicht nur politische, sondern auch wissenschaftstheoretische Auseinandersetzungen: SDS 1967 in Frankfurt

views und die Beiträge in diesem Heft). Da ist von der „Randständigkeit der Politikwissenschaft“ (Greven) die Rede, von ihrer „Krisenanfälligkeit“ (Jesse/Liebold 2014), gar von ihrer Misere (Mead 2011), von ihrer „Irrelevanz“ (Decker in diesem Heft) oder sogar vom Verlust ihrer Identität, weil es auf Grund ihrer thematischen Zersplitterung nicht gelinge, sich auf einen Kern zu einigen. Man muss die Sorge, der Politikwissenschaft drohe ein Relevanzverlust, nicht teilen, und kann – wie ein wichtiger Teil der Zunft – in der Politikwissenschaft durchaus ein „Fach mit Ausstrahlung“ (Müller-Rommel) sehen und dennoch die Position vertreten, die Politikwissenschaft solle sich wieder auf ihre Bildungs- und Aufklärungsfunktion besinnen. Sie sei immer dann stark gewesen, wenn ihr allgemeinbildende Aufgaben zugeschrieben worden seien, die dem Bildungsprinzip Vorrang eingeräumt hätten (Bleek). Die Existenzbedingung der Politikwissenschaft liegt in der Vermittlung von Wissen über das Politische in die Gesellschaft hinein. Ob dies nur durch eine erneute Verbindung zwischen Politikwissenschaft und politischen Bildung gelingt, kann offenbleiben.

LITERATUR

Bleek, Wilhelm/Gawrich, Andrea 2020: Politikwissenschaft. In: Andersen, Uwe et al. (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Springer Reference Sozialwissenschaften, S. 1–7. https://doi.org/10.1007/978-3-658-23670-0_109-1

Falter, Jürgen W. 2003: Die Politikwissenschaft in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhundert. In: Ders. u. a. (Hg.): Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden, S. 223–238.

Jesse, Eckard/Liebold, Sebastian (Hg.) 2014: Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung. Baden-Baden.

Kuhn, Hans-Werner/Massing, Peter/Skuhr, Werner (Hg.) 1993: Politische Bildung in Deutschland. Entwicklung – Stand – Perspektiven. 2. Aufl. Opladen.

Lepsius, Rainer M. 1961: Denkschrift zur Lage der Soziologie und der Politikwissenschaft. Wiesbaden.

Massing, Peter 2018: Politische Bildung aus politikwissenschaftlicher Sicht. In: Besand, Anja/Gessner, Susann (Hg.): Politische Bildung mit wachem Blick, Frankfurt/M., S. 58–67.

Mead, Lawrence M. 2011: Reformiert die Politikwissenschaft. In: INDES, S. 126–137.

Mohr, Arno 1988: Politikwissenschaft als Alternative. Stationen einer wissenschaftlichen Disziplin auf dem Wege zu ihrer Selbstständigkeit in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1965. Bochum.



Dr. Peter Massing war Professor für Politikwissenschaft und Politikdidaktik an der Freien Universität Berlin. Er ist Mitherausgeber von **POLITIKUM**.